

09.03.2016 – PM 20/2016

Neubauoffensive der Bundesregierung

## IG BAU warnt vor Fehlanreizen bei Wohnbauförderung

**Frankfurt am Main** - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) begrüßt die heute (für die Red.: 9. März 2016) von der Bundesregierung beschlossene Wohnungsbau-Offensive als wichtigen, aber keineswegs ausreichenden ersten Schritt, um eine drohende Wohnungsnot in Deutschland zu verhindern. „Es ist gut, dass sich Bundesbauministerin Barbara Hendricks mit ihren Vorschlägen im Kabinett durchgesetzt hat. Höhere steuerliche Abschreibungen sind notwendig, denn sie verstärken die Anreize für Bauherren“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers. „Wir befürchten bei dem Kabinettsbeschluss in der jetzigen Form jedoch Fehlentwicklungen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass geförderte Wohnungen dennoch zu Top-Mieten angeboten werden. Auf ein Erreichen der im ‚Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen‘ angestrebten bezahlbaren Mieten hat das Kabinett verzichtet. Damit macht aber die Förderung nur sehr eingeschränkt Sinn, denn teure Wohnungen gibt es genug. Das Ziel des Bündnisses lautete aber ‚bezahlbare Wohnungen!‘“

Die IG BAU fordert eine Sonderabschreibung für den Bau von Wohnungen mit Mietpreisbindung, wie es sie bereits in den 1990er Jahren schon einmal gab. Die steuerliche Sonderabschreibung für Geschosswohnungsbau in Ballungsgebieten ist derzeit allein an Baukosten gebunden. Danach dürfen die Baukosten pro Quadratmeter maximal 3000 Euro betragen, wovon 2000 Euro steuerlich gefördert werden. „Diese Regelung verhindert vielleicht den Bau von Wohnungen mit goldenen Wasserhähnen. Sie garantiert damit aber noch lange nicht, dass die Einheiten zu einem bezahlbaren Preis auf den Markt kommen. Denn in Ballungsgebieten müssen für normale Wohnungen bereits an die zwanzig Euro pro Quadratmeter bezahlt werden. Das kann sich schon kein Normalverdiener mehr leisten.“

Zudem fordert die IG BAU für Wohnungsbaugesellschaften, die nicht von Sonderabschreibungen profitieren, entsprechende Investitionszulagen.